

«Wer sich an einem zentralen, begehrten Ort mit öffentlichem Charakter niederlässt, soll das Teilen üben.»

Lisa Mathys zu «Mit NöRG gegen Nörgler», [tageswoche.ch/+axpre](http://tageswoche.ch/+axpre)

# TagesWoche

Zeitung aus Basel

[tageswoche.ch](http://tageswoche.ch)

## Region

### Welcher Arzt darfs denn sein?

Bei der Abstimmung über die Managed-Care-Vorlage geht es um die Gesundheitsversorgung der Zukunft. Unklar ist, ob die freie Arztwahl eingeschränkt wird, Seite 16

## Interview

### Zwei alte Freunde und ein Tabu

René Rhinow und Jean-Luc Nordmann unterhalten sich über die Alzheimer-Krankheit, über die viele nicht reden wollen – und über anderes mehr, Seite 30

## Kultur

### Die drei grossen Basler Orchester

Das Basler Kulturleitbild wird bald veröffentlicht. Für das Kammerorchester, das Sinfonieorchester und Basel Sinfonietta werden die Weichen für die Zukunft gestellt, Seite 42

TagesWoche  
Zeitung aus Basel  
Gerbergasse 30  
4001 Basel  
Tel. 061 561 61 61



Fotos: Getty-Images und DDP, Fotomontage: Nils Fisch

## Piraten-Träume

In Deutschland stürmt die Piratenpartei die Parlamente, nun soll die Schweiz folgen. Erste Station: das Basler Rathaus, Seite 6

WOCHENTHEMA



Foto: Basile Bormand

**Die Piraten wollen das Basler Rathaus stürmen:** Bei den Nationalratswahlen im letzten Herbst erreichte die Piratenpartei in Basel einen Stimmenanteil von 1,9 Prozent. Nach den Erfolgen ihrer deutschen Kollegen hoffen sie nun aber auf den Einzug in den Grossen Rat, Seite 6

INTERVIEW

**TagesWoche:** Bei den jetzigen Problemen mit dem Euro muss man froh sein, nicht enger an die EU gebunden zu sein.  
**Nordmann:** Das heisst aber nicht, dass man die bilateralen Verträge als endgültige Lösung sehen muss. Selbst wenn man sie für den Königsweg hält, wie das die Freisinnigen offiziell tun, muss man sich bewusst sein, dass Könige auch sterben.  
**Rhinow:** Für mich ist es definitiv kein Königsweg, sondern ein vorübergehender, zweckmässiger und bislang realistischer. Er hat aber auch gravierende Nachteile, die gern verschwiegen werden.

Das ganze **Interview mit René Rhinow und Jean-Luc Nordmann**, ab Seite 30



Foto: Basile Bormand

REGION

**Angst vor Zweiklassenmedizin**  
 Wird die Arztwahl eingeschränkt, könnten die Gesundheitskosten sinken. So will es die Managed-Care-Vorlage. Doch sie ist umstritten  
 16

**Die süssen Frauen vom Schmiedenhof**  
 Yvette Walde und ihre Tochter Cosima servieren Crêpes beim Rümelinsplatz. Seit Jahren und mit Leidenschaft  
 19

**Es ist nie zu spät**  
 Im Lernzentrum der Volkshochschule können auch jene die Freude am Lernen wieder finden, die sie in der Schulzeit verloren haben  
 20

SCHWEIZ

**Das Kreuz mit der Personenfreizügigkeit**  
 Der kaputte Arbeitsmarkt in der EU führt dazu, dass immer mehr Arbeitswillige in die Schweiz einwandern. Das beschäftigt nun auch die SP  
 22

**«Geheimarmee» aus ganz normalen Vätern und Müttern**  
 Die Widerstandsorganisation P-26 war keine staatsgefährdende Truppe, wie man in den politisch aufgeheizten 1990er-Jahren glaubte  
 24

# Warum denn, Günter Grass? Seite 25

INTERNATIONAL

**Dramatischer Raubbau an der Natur**  
 Palmöl befindet sich in vielen Produkten des Alltags – und es ist dafür verantwortlich, dass in Indonesien und Malaysia der Urwald abgeholzt wird  
 26

DIALOG

**Tiefere Gesundheitskosten**  
 Braucht die Schweiz das Managed-Care-Modell? Silvia Schenker (SP) und Sebastian Frehner (SVP) sind unterschiedlicher Meinung  
 35

**Tomaten in der Stadt**  
 Mit dem Projekt «Stadt-Tomaten» bringt Pro Specie Rara die Liebesfrüchte in urbane Gefilde und setzt ein Zeichen für freies Saatgut  
 36

BILDSTOFF

**Livio Mancini**  
 Ein Bild aus der Reportage des italienischen Fotografen von einem Müllplatz im Kosovo sorgt für Aufregung in der Schweiz  
 37

SPORT

**Wiedersehen nach 22 Jahren**  
 Zum ersten Mal seit 1990 treffen im Cup-Halbfinal der FC Winterthur und der FC Basel wieder einmal aufeinander  
 40

KULTUR

**Der Jungfilmer**  
 An der Basler Kurzfilmnacht stellt der junge Basler Regisseur Georg Isenmann seine Produktion «Blitzeis» vor. Bald soll ein Spielfilm folgen  
 46

DIALOG

Stimmen aus der Community

**«Lasst das Volk darüber abstimmen!»**

Raffael Grassi zu «Die Wirtschaft will die Fusion», [tageswoche.ch/+axmpr](http://tageswoche.ch/+axmpr)

**«Muss ich, wenn ich mit dem E-Bike über die Grenze Richtung Frankreich fahre, auch so einen Test auf den Gepräckträger klemmen?»**

Helen Studer zu «Alkoholtest im Hand-schuhfach», [tageswoche.ch/+axmte](http://tageswoche.ch/+axmte)

KULTUR



Foto: Michael Württemberg

**Die drei grossen Basler Orchester im Vergleich:** Sie spielen alle auf hohem Niveau und stehen vor grossen Herausforderungen: Die Basel Sinfonietta und das Kammerorchester Basel müssen auf Sicherheiten verzichten, das Sinfonieorchester strukturelle Probleme beseitigen. Eine Analyse, Seite 42

AGENDA

**Kultwerk:** Zum 100. Todestag des irischen Schriftstellers Bram Stoker gibt es ein Wiedergruseln mit «Dracula», dem Begründer des Vampir-Mythos, Seite 53

**Wochenendlich in Berlin:** Städtereise mit Kindern? In der deutschen Hauptstadt kein Problem, Seite 54

**Impressum,** Seite 34

**Bestattungen,** Seite 18

# Land in Sicht

## Mit den Piraten kehrt die Politik ins Leben zurück.

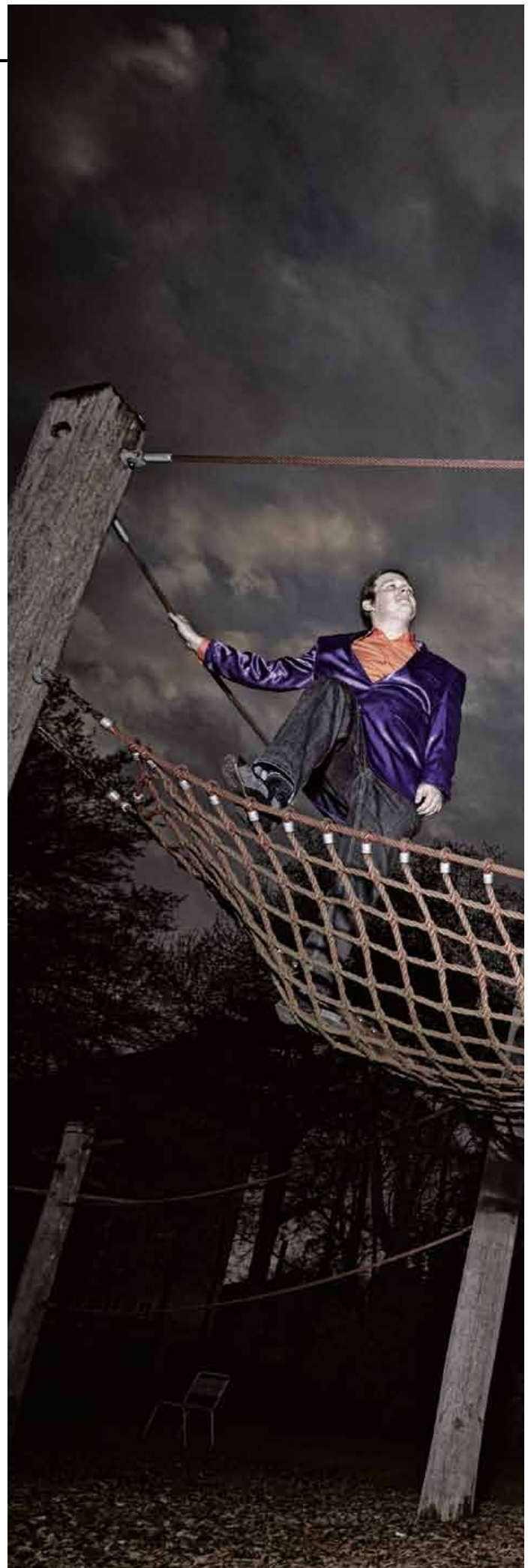
Von Philipp Loser und Michael Rockenbach;  
Fotos: Basile Bornand

**W**ie es um die innere Verfassung der deutschen Piratenpartei steht, das brachte Marina Weisband kürzlich ziemlich genau auf den Punkt. Auf Twitter (wo auch sonst) schrieb die politische Geschäftsführerin der Piraten: «Wisst ihr noch, als wir gesagt haben, es würde irgendwann schwierig werden, wir selbst zu bleiben? Jetzt fängt das an. Also aufgemerkt. :)»

Ja, es wird ernst für Weisband und ihre etwas über 24000 Follower auf Twitter. Ihre Partei kommt in den aktuellen Umfragen bundesweit auf über 13 Prozent, bei den Landtagswahlen im Saarland haben die Piraten vor ein paar Wochen 7,4 Prozent der Stimmen und vier Sitze gemacht, und Deutschland, man kann es nicht anders sagen, hält den Atem an. Als die Berliner Piratenpartei vor einem Jahr erstmals ins Abgeordnetenhaus einzog, da kümmerte sich nicht der Politikteil der Zeitungen um den Erfolg – sondern die Digitalredaktion. Für die Medien waren die Piraten damals eine lustige Episode, ein Glückstreifer von Nerds und Aussenseitern, die nicht ernster zu nehmen seien als ein tausendfach geklicktes Youtube-Video oder dieses Twittern.

Mit dem Erfolg im Saarland hat in Deutschland ein rasches und radikales Umdenken stattgefunden. Die grossen Magazine widmen der Partei lange Geschichten, in Hunderten Essays (im Feuilleton!) wird versucht, des Phänomens habhaft zu werden, der Boulevard schlachtet genüsslich die in aller Öffentlichkeit stattfindenden Streitereien an der Parteispitze aus, und in Talkshows bestaunt die interessierte Öffentlichkeit Piraten wie Christopher Lauer. Ein Berliner Abgeordneter, der als Joschka Fischer der Piraten gilt und seinen Mitparlamentariern in Berlin dann und wann unverblümt die Meinung sagt. «Sie sollten sich schämen!», schrie Lauer im Parlament, als er seine Mitpiraten sehr ernsthaft als uncoole ►

Auf dem Spielplatz der Politik: Die Basler Piraten wollen vom Erfolg der deutschen Kollegen profitieren.





► Aussenseiter bezeichnete und dafür ein mitleidiges «Oooh» zu hören bekam.

Nun ist es Lauer, der «Oooh» macht. Überrascht über ihren Aufstieg, das seien nur die andern: «Wir haben uns vier Jahre den Arsch aufgerissen, was natürlich zum Erfolg führt», sagt Lauer im Interview mit der TagesWoche (vgl. Text nebenan).

### Das Gegenkonzept

Tatsächlich scheint es, wenn man sich mit den verschiedenen Exponenten der Partei etwas länger unterhält, gar nicht mehr so kompliziert, wie uns das deutsche Feuilleton weismachen will. Die Piraten machen nichts anderes, als die Lebensrealität der Internet-Generation in die Politik zu übersetzen. Mit «Liquid Democracy» (vgl. Seite 12) transportieren die Piraten die aktiven und passiven Formen der Teilhabe im Internet auf die politische Meinungsbildung. Es ist das Gegenkonzept zu den konventionellen Parteien, bei denen jedes Thema durch einen jahrzehntelang erprobten und austarierten Ideologiefilter geschleust wird und am Schluss eine Meinung steht. Bei den Piraten funktioniert das anders: Sie erarbeiten sich jedes Thema anhand vager Grundsätze neu – und sind darum inhaltlich auch so schwer zu fassen. Sie sind einmal links (bei der Unterstützung des bedingungslosen Grundeinkommens zum Beispiel) oder einmal liberal (mit dem Beharren auf absoluter Anonymität im Internet). Das Verzicht auf einen Ideologie-Filter (oder das Fehlen des Filters) bietet denn auch die grösste Angriffsfläche in der nun beginnenden Debatte in Deutschland und anderswo. Dabei sind die Piraten nur konsequent: Wer hat denn ernsthaft zu allem eine echte Meinung?

Dass das Konzept der Piraten vor allem in Deutschland so gut funktioniert, ist nicht weiter verwunderlich. Die grossen Parteien, links oder rechts, haben sich in der öffentlichen Wahrnehmung schon lange

**Der durchschlagende Erfolg der Piraten in Deutschland ist ein Fluch für die Mitstreiter in der Schweiz.**

von der Bevölkerung distanziert. In Stuttgart ertrug sich Demonstranten eine Abstimmung über ihren Bahnhof, in Berlin und Frankfurt gehen die Menschen gegen Fluglärm auf die Strasse und fordern mehr politische Partizipation. Der Erfolg der Piraten ist Ausdruck eines wachsenden Bedürfnisses der deutschen Bevölkerung nach direkter politischer Teilhabe; eine Antwort auf die etablierte Politik, die in den vergangenen 20 Jahren keinen Platz mehr für neue Parteien gelassen hat.

Und der Erfolg ist auch ein Fluch für die Schweizer Piraten. Es ist ein Montagabend im April und in einem Hinterzimmer des Berner Restaurants O'Bolles sitzen der alte und der neue Präsident der Piratenpartei am wöchentlich stattfindenden Stammtisch und versuchen – nicht zum ersten Mal seit den Wahlen im Saarland – die Erwartungen zu dämpfen. «Wir haben ganz andere Voraussetzungen», sagt Denis Simonet, der alte Präsident. «Im Schweizer Milizsystem können alle mitmachen. Das ist in ►

# «Jetzt schauen wir mal, wie weit das trägt»

Christopher Lauer, streitbarer Abgeordneter der Piraten in Berlin, erklärt seine Partei. *Von Michael Rockenbach und Philipp Loser*

**G**anz Deutschland zerbricht sich den Kopf über die Piratenpartei und lernt dabei junge Menschen wie Christopher Lauer kennen. Der ist seit 2011 im Berliner Abgeordnetenhaus, steckt hinter «Liquid Democracy», zieht durch sämtliche deutsche TV-Anstalten und verkauft sich, naja, ziemlich brillant.

**Herr Lauer, Sie senden auf allen Kanälen. Wird Ihnen das nicht alles etwas viel im Moment?**

Ich hab vor ein paar Monaten getwittert: Der einzige Weg, einem Medienhype aus dem Weg zu gehen, ist, einem Medienhype aus dem Weg zu gehen. Nein, mir persönlich wird das nicht zu viel. Es ist ja auch ein schöner Prozess: Die Erwartungshaltung an die Piraten wächst, und gleichzeitig wächst das Verantwortungsbewusstsein der einzelnen Piraten mit.

**Die grosse Stärke der Piraten war immer ihre Offenheit. Nun drehen die politischen Gegner das gegen sie: Die Piraten seien beliebig, hätten von nichts eine Ahnung.**

Da muss man differenzieren. Wir haben nie ein Geheimnis aus unseren Wissenslücken gemacht. Anstatt wie andere herumzuschwurbeln, geben wir einfach zu, dass wir gewisse Dinge nicht wissen. Das find ich okay. Das Problem aber ist die verlogene Haltung an die Politik. Wenn man sofort eine Antwort parat hat, heisst es: Naja, komisch, die wissen sofort zu allem was. Wenn man nichts sagt, heisst es: Naja, komisch, die wissen ja gar nichts. Wir reagieren so darauf, dass wir offen mit unseren Lücken umgehen und versuchen, uns in die Themen einzuarbeiten.

**Und alle schauen zu und machen sich zum Teil auch über Sie lustig.**

**Die von der Piratenpartei propagierte Transparenz hat nicht nur Vorteile...**

Ich war beim Thema Transparenz immer der Realo. Ich will nicht mit einer Helmkamera meinen Alltag dokumentieren. Aber wir brauchen Transparenz im staatlichen und politischen Handeln. Wir müssen wissen, wer an welchem Gesetz mitschreibt, welche Interessensvertreter mitreden.

**Im Moment erfährt die Öffentlichkeit eher etwas über den Machtstreit an der Spitze der Piraten. Eine Auseinandersetzung mit Ihnen in einer zentralen Rolle.**

Dann und wann tut es gut, die Politik erlebbar zu machen. So merken die Menschen und die Wähler, okay, die streiten sich in der Politik so wie wir uns in der Familie oder im Betrieb. Der Unterschied zu den anderen Parteien ist, dass wir das in der Öffentlichkeit austragen. Irgendwann werden sich die Leute daran gewöhnt haben. Irgendwann wird das kein Thema mehr sein.

**«Aus unseren Wissenslücken haben wir nie ein Geheimnis gemacht.»**

**Heute allerdings ist es noch eins. Es heisst, Sie möchten die Partei übernehmen.**

Das ist die Sache mit demokratischen Parteien, die funktionieren mit Wahlen und so. Nicht mit Übernahmen... Ne ne, das ist Quatsch. Ich bin Mitglied im Abgeordnetenhaus in Berlin, werde das noch fünf Jahre sein und hoffe, dass wir danach wieder im Parlament Einsitz nehmen können. Mein



«Wie konnte ich nur sowas sagen?!»: Der inzwischen wohl bekannteste Deutsche Pirat Christopher Lauer ist immer wieder für einen Eklat gut. Foto: Hans Christian Plambeck/laif

ganz persönliches Ziel ist es, in der Öffentlichkeit ein einigermaßen anständiges Bild abzugeben.

#### Und – wie gesagt – vielleicht eben doch eine interne Spitzenfunktion zu übernehmen?

Das ist mir eigentlich egal. Man muss die Piraten hier beim Wort nehmen: Wir wollen flache Hierarchien, flache Strukturen. Wenn wir an die Basisdemokratie glauben, müssen wir bei jedem Entscheid jedes Mitglied miteinbeziehen. Da kann jetzt nicht plötzlich jemand kommen und – lalala – nach irgendwelchen wichtigen Posten verlangen. Das wäre nicht glaubwürdig. Wir gehen bewusst andere Pfade und schauen jetzt mal, wie weit uns das trägt.

**Ihre Antwort auf die Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit zu Beginn Ihrer Zeit im Berliner Abgeordnetenhaus ist auf Youtube ein Renner. Als Schweizer haben wir über die negativen Reaktionen der anderen Abgeordneten gestaunt – Sie haben mehr Gestaltungsfreiraum und Mitbestimmung für die Bürger gefordert. So aussergewöhnlich klingt das zumindest in unseren Ohren nicht. Da haben Sies: Ich sage schon lange, wir bräuchten in Deutschland ein Mehrparteiensystem wie in der Schweiz; das scheint ja ganz ordentlich zu funktionieren. In Berlin haben wir dagegen die Regierungskoalition. Da nützt es auch nur bedingt, dass wir im Parlament neben den Linken, Grünen, der SPD und uns nur die CDU als einzige konservative Partei haben. Mehrheiten für das Wahlalter 16 oder das kommunale Wahlrecht für Ausländer gibt es so nur theoretisch – weil die grosse Koalition die Umsetzung ver-**

hindert. Das kann doch nicht im Interesse der Wähler sein!

#### Und was genau war nun Grund für das Gebuhe während Ihrer Rede?

Meine Rede war schon ein Affront, ich habe das System angegriffen. In Deutschland und speziell in Berlin ist die Politik stark von der Verwaltung getrieben. Die Gesetzesentwürfe werden in der Verwaltung geschrieben und von den Fraktionen nur noch abgenickt. Das ist eine verfahrenere Situation. Es fehlt uns der Mut zum Experimentieren.

#### Verstehen sich die Piraten als revolutionäre Partei?

Nicht im klassischen Sinne, weil wir keine Gewalt anwenden. Unser grosser Vorteil ist, dass wir keine politische Geschichte haben. Man kann uns unsere Vergangenheit nicht vorwerfen. Darum können wir in den Parlamenten ziemlich unverkrampft sagen, was Sache ist. Das ist mindestens eine kleine Revolution.

#### Die in Deutschland – das ist unser Eindruck – aber nicht verstanden wird. Warum nicht?

Deutschland ist ein sehr sehr konservatives Land. Statt sich über den frischen Wind in der Bude zu freuen, werden die Neuen erstmals kritisch beäugt. Man weiss nicht, wie man mit uns umgehen soll. Die Mainstreammedien haben sich lange nicht mit den Piraten beschäftigt. Nach dem Hype während der Bundestagswahlen 2009 wurden wir nicht mehr weiter beachtet. Dann hatten wir bei den Berliner Wahlen 8,9 Prozent und alle waren total überrascht. Alle ausser wir: Wir hatten uns vier Jahre den Arsch aufgerissen, was natürlich zum Erfolg führt.

#### Die Piraten sind die neuen Grünen, und gerade die scheinen überhaupt keine Freude am Erfolg der Piraten zu haben.

Die sind jetzt seit 30 Jahren im Politbetrieb dabei, und die Piraten sind der Wink mit der Marmorsäule: Nur weil ihr ab und zu mit einer Jeans im Parlament auftaucht, seid ihr schon lange nicht mehr die Jungen.

#### Die Grünen sind im Establishment angekommen. Das könnte Ihnen gleich ergehen.

Natürlich! Davor muss man aber keine Angst haben, man muss es sich einfach bewusst machen. Rechnen Sie mal 30 Jahre in die Zukunft und gehen Sie davon aus, dass sich die Piraten längerfristig etablieren können. In

30 Jahren werden die heute Geborenen Probleme haben, von denen ich dann, mit 57 Jahren, keinen Schimmer mehr habe! Und es wird dann hoffentlich eine Bewegung oder eine Partei geben, die sich genau dieser Probleme annimmt. Es ist doch schön, dass das deutsche System immerhin noch so flexibel ist, dass es solche Bewegungen integrieren kann. In Nordafrika braucht es dazu Revolutionen, in Amerika hat man ein faktisches Ein-Parteien-System, und die Jungen müssen sich bei Occupy die Füsse in den Bauch stehen. Eine gewisse Dynamik erträgt also offenbar sogar unser Politbetrieb.

#### Reden wir über die Schweiz. Was können Sie den hiesigen Piraten raten? Wie kann der deutsche Erfolg wiederholt werden?

Ich habe nur ganz wenig Ahnung von der Schweiz...

### Das ist es, was die Schweizer Piraten vor allem brauchen: Haltung

#### ...keine Ahnung zu haben, ist für Sie doch normalerweise kein Hindernis.

Da haben Sie nicht ganz unrecht. Wir sind in unserem Wahlkampf in Berlin hingestanden, haben den Leuten unser Programm präsentiert und gesagt: Wenn ihr das wollt, dann wählt uns. Wenn nicht, dann wählt jemand anders. Das ist es, was auch die Schweizer brauchen: Haltung. Ich denke auch, dass in einem Land wie der Schweiz unser Konzept von «Liquid Democracy» grosse Chancen hat.

#### Das haben wir doch schon: Macht die direkte Demokratie «Liquid Democracy» nicht überflüssig?

Denken Sie doch mal an diese Minarett-Geschichte zurück. So wie ich es im Kopf habe, standen die Menschen in der Wahlkabine und konnten ein Kreuzchen bei Ja oder Nein machen. Das Ergebnis war, dass in Gegenden mit den wenigsten Minaretten und wenigsten Ausländern wegen einer diffusen Angst am ehesten gegen die Minarette gestimmt wurde. Bei «Liquid Democracy» wäre die ganze Übungsanlage eine andere: Jemand würde ein Minarett-Verbot vorschlagen, ein zweiter ein Verbot von allen sakralen Bauten, ein dritter ein grundsätzliches Verbot von Gebäuden mit einer Höhe

von über 30 Metern. Dann wird debattiert und entschieden. Im Unterschied zu Ihrer direkten Demokratie erhält man bei «Liquid Democracy» keine vorschnelle, vorgefasste Antwort. Da die Schweizer gewohnt sind, zu entscheiden, würden sie sich wohl auch eher auf ein solches Konzept einlassen.

#### Wie gross ist die Gefahr, dass Sie scheitern?

Das werde ich immer wieder gefragt. Natürlich gibt es diese Gefahr – aber wie soll ich sie ausdrücken? In Prozent? In Quadratmeter? In Saarland? Schauen Sie, die FDP hatte bei den letzten Bundestagswahlen 14 Prozent, heute stehen sie in den Umfragen bei drei Prozent. Das kann jeder Partei passieren. Wie gross die Gefahr bei uns ist? Ich kann es nicht sagen.

#### Nicht einmal im Saarland?

Nein. Wir sind in Berlin mit 8,9 Prozent ins Abgeordnetenhaus eingezogen, die aktuellen Umfragen sehen uns bei 14 Prozent. So schlecht können wir es also nicht gemacht haben.

#### Fürchten Sie sich bei diesen Umfragezahlen eigentlich auch ein bisschen vor der Verantwortung?

Die Verantwortung bleibt immer dieselbe. Als Berliner Abgeordneter vertritt man alle 3,9 Millionen Berlinerinnen und Berliner. Die interessante Frage zu den Umfragewerten ist, was wir tun, wenn wir tatsächlich eine Zehn-Prozent-Partei werden. Dann müssen wir uns überlegen, ob wir Koalitionen weiterhin ablehnen und uns so lange sperren, bis alle kapiert haben, dass wir ein Mehrparteiensystem wie in der Schweiz brauchen.

#### So abgeklärt wie Sie reden, tönen Sie manchmal schon fast wie ein gewöhnlicher Politiker. Stört Sie diese Feststellung?

Ich würde lügen, wenn ich sagen würde, die letzten sechs Monate hätten mich nicht verändert. Ich bewege mich in anderen Kreisen, in einer Politblase. Rede mit Politikern, mit den Leuten in der Partei und auf der Strasse, und ich rede mit Journalisten. Und da kommen ja auch nicht immer die total neuen Fragen, da kann man sich darauf einstellen.

#### Kommen Sie, wir haben uns doch Mühe gegeben!

Wie konnte ich nur so etwas sagen! Das hier war natürlich eines der spektakulärsten Interviews, das ich je gegeben habe. Danke dafür!

✉ [tageswoche.ch+taxopw](mailto:tageswoche.ch+taxopw)

► Deutschland nicht so», sagt Thomas Bruderer, seit April der neue Präsident. Die direkte Demokratie mit ihren Referenden und Volksabstimmungen als Vorläufer von «Liquid Democracy» verunmögliche die grosse Systemdiskussion in der Schweiz und verlangsame die gesamte Dynamik.

Mögen die äusseren Umstände auch verschieden sein, inhaltlich treffen sich die Schweizer Piraten mit ihren Mitstreitern im restlichen Europa. «Für uns ist das Internet gleich wichtig wie das richtige Leben», sagt Thomas Bruderer, und es braucht nur einen Blick auf die bisher von den Piraten bearbeiteten Themen (und auf die nicht bearbeiteten), um die Ernsthaftig-

### Bei den Wahlen in Basel traut den Piraten keine Partei den Sprung über vier Prozent zu.

keit dieser Aussage zu ermassen. Neben den piratenüblichen Urheberrechtsdiskussionen hat die Partei quasi im Alleingang das multilaterale Fälschungsabkommen «Acta» auf die Traktandenliste der Politik gebracht. Im Protest gegen «Acta», bei dessen Ratifizierung grosse Einschränkungen bei der Benutzung des Internets befürchtet werden, sind die Schweizer Piraten nur ein kleiner Akteur in einem europaweit organisierten Widerstand. Aber es ist ihr Verdienst, dass sich die etablierten Parteien in der Schweiz überhaupt mit dem Abkommen auseinandergesetzt haben – und nun mehrheitlich von einer Unterzeichnung abraten. «Wir wurden sehr gut aufgenommen im Politsystem», sagt Simonet, «alle reden mit uns.»

#### Der schwierige Weg in die Parlamente

Dabei legen Schweizer Piraten eine ähnliche ideologische Offenheit an den Tag wie ihre deutschen Kollegen. Simonet, bis im April die prägende und treibende Kraft der Partei, erhielt seinen Bundeshausbadge von SVP-Nationalrat Lukas Reimann (mit dem er gegen die Buchpreisbindung opponierte) und arbeitete gleichzeitig eng mit dem Grünen Nationalrat Balthasar Glättli zusammen (beim «Acta»-Widerstand). Der grosse Unterschied zur deutschen Partei ist, dass die Schweizer Piraten noch existenziell auf bereits etablierte Politiker angewiesen sind. Mit einer Ausnahme (im Gemeinderat von Winterthur) haben sie noch keine parlamentarische Verantwortung. Das soll sich ändern. National strebt Thomas Bruderer BDP-Grösse an. Wie konkret das gehen soll? Das ist noch nicht bis ins letzte Detail fixiert. Klar ist: Die Grundlage für einen nationalen Erfolg muss in den Kantonen gelegt werden. Zum Beispiel in Basel. «Wir setzen grosse Hoffnungen auf diese Stadt», sagt Bruderer.

Hier trifft sich die virtuelle Avantgarde im Unternehmen Mitte mit dem guten Gefühl, Teil von etwas Grossem zu sein, einer weltweiten Revolution, die eben erst begonnen hat. Die Erfolge in Deutschland machen den Basler Piraten Mut und setzen sie gleichzeitig unter Druck. «Jetzt sind wir dran. Im Herbst müssen wir den Grossen Rat entern», sagen sie alle, die an diesem Samstag an den Piratenstamm gekommen sind.

Allzu viele sind es nicht, nur sieben, und doch ist alles da, was es braucht: Informatikspezialisten,

Buchhalter, Forscher, Arbeiter und sogar eine Frau aus der «sozialen Ecke», wie es bei der Vorstellung heisst. Eine Frau auf sechs Männer – für Piraten ein sehr respektables Verhältnis, was für sie selber allerdings absolut kein Thema ist. Die Piraten sind nämlich postgender; Mann oder Frau, das ist ihnen egal.

Gender wird an diesem Mittag in der «Mitte» nicht angesprochen. Dafür alles andere, was sich innerhalb von ein, zwei Stunden verhandeln lässt: Vollgeldreform, bedingungsloses Grundeinkommen, der alte IBM 360 (mit Magnetkarte!), Ökostadt, Spaghettimonster-Religion und Internet, immer wieder Internet. An diesem Stammtisch ist jedes Thema interessant und irgendwie wichtig. Schon bald überrascht einen überhaupt nichts mehr – oder höchstens noch die Computer- und Smartphone-Probleme, die selbst die Piraten manchmal haben, wenn sie zwischen zwei Exkursen versuchen, die Restwelt mit einem Tweet up to date zu halten. Trotz den kleineren Schwierigkeiten sind die Piraten zufrieden mit sich und ihrem Stamm. «Wir können wirklich neue Ideen generieren, die Welt neu denken, das ist in keiner anderen Partei möglich», sagt Peter Hunziker, auch Stammtisch-Guru genannt.

Die schwierige Aufgabe, die vielen Ideen zu kanalisieren, kommt Cedric Meury zu. Der 28-Jährige ist Präsident der Piratenpartei beider Basel, er hat Biologie studiert und arbeitet heute als Software-Ingenieur. Früher sympathisierte er mit der SP. Einer herkömmlichen Partei beizutreten, wäre für ihn aber nie in Frage gekommen, das wäre ihm zu einengend, zu langweilig auch. Meury ist Mitglied der Freidenker, sein Thema die Freiheit, die Freiheit des Individuums, nicht der grossen Konzerne, diese Unterscheidung ist ihm wichtig. «Die Entwicklung ist beängstigend», sagt Meury: «Es werden immer mehr Daten über uns gesammelt, nicht nur bei Google oder Facebook, sondern auch bei Migros und Coop an der Kasse. Das muss gestoppt werden.»

Um Freiheit und Selbstentfaltung geht es ihm auch in der kantonalen Politik. Meury will gegen Videoüberwachung und strenge Kontrollen rund um Fussballspiele kämpfen, für gute ÖV-Verbindungen und neue Projekte wie den Central Park Basel beim Bahnhof. Zudem bereiten er und seine Mitstreiter eine Initiative vor, die eine bürgernahe Verwaltung bringen soll. Das Mittel dazu ist – wie so häufig bei dieser Partei – das Internet. Das klingt alles ganz nett, nach urbanem Mainstream schon fast. Aber damit geben sich die Piraten nicht zufrieden. Eine Revolution soll es auch in Basel sein, zumindest eine kleine. Die Piraten wollen sich hier ebenfalls konsequent für die Freiheit der Ideen einsetzen. Und damit gegen Patente. Eine heikle Forderung in einer Stadt, die von der Pharma und ihren Rechten lebt und das erst noch recht gut.

#### Freundliches Mitleid

Die anderen Parteien zeigen dennoch bemerkenswert viel Wohlwollen gegenüber der neuen Konkurrenz, wie eine kleine Umfrage der TagesWoche bei einer Reihe eher jüngerer Basler Grossräte zeigt. «Eine neue Sicht tut dem Politbetrieb immer gut», sagt zum Beispiel SVP-Präsident Sebastian Frehner. Ganz ähnlich äussert sich Emmanuel Ullmann, Regierungsratskandidat der Grünliberalen: «Neue Ide- ►





Sie alle wollen möglichst bald nach oben: die Vorkämpfer der Piraten aus den beiden Basel mit Barbara Seiler (38), Lukas Borter (24), Mike Schaffner (21), Cedric Meury (28), Daniel Seelhofer (39), Melina Wertnik (21) und Pat Mächler (28) (von links nach rechts).



► en wirken auf Parlament und Gesellschaft immer bereichernd.» Persönlich würde er sich freuen, sagt Ullmann, wenn er im Grossen Rat dank der Piraten zur Abwechslung auch mal über Laizismus, mediale Gewalt und Urheberrechte diskutieren könnte.

Einer, der wenigen, die sich dezidiert negativ äussern, ist der Liberale Conradin Cramer. Mit ihrer Forderung nach einer grundlegenden Neudefinition der Urheberrechte seien die Piraten im besten Fall naiv und im schlechten Fall ein Unglück für alle, die Kopf- und Kreativarbeit leisten. Andere wie Tobit Schäfer (SP) oder Christian Egeler (FDP) reagieren eher belustigt auf die Piraten und ihre Themenarmut. Schäfer spricht von einer neuen «Linkspartei mit Internetanschluss», Egeler fragt sich, was auch danach noch alles auf das politische Basel zukommen wird. Eine Rentner-Fraktion, eine Anti-Ausländer-Partei, eine Integrations-Bewegung oder vielleicht sogar eine Vegetarierin-Gruppierung?

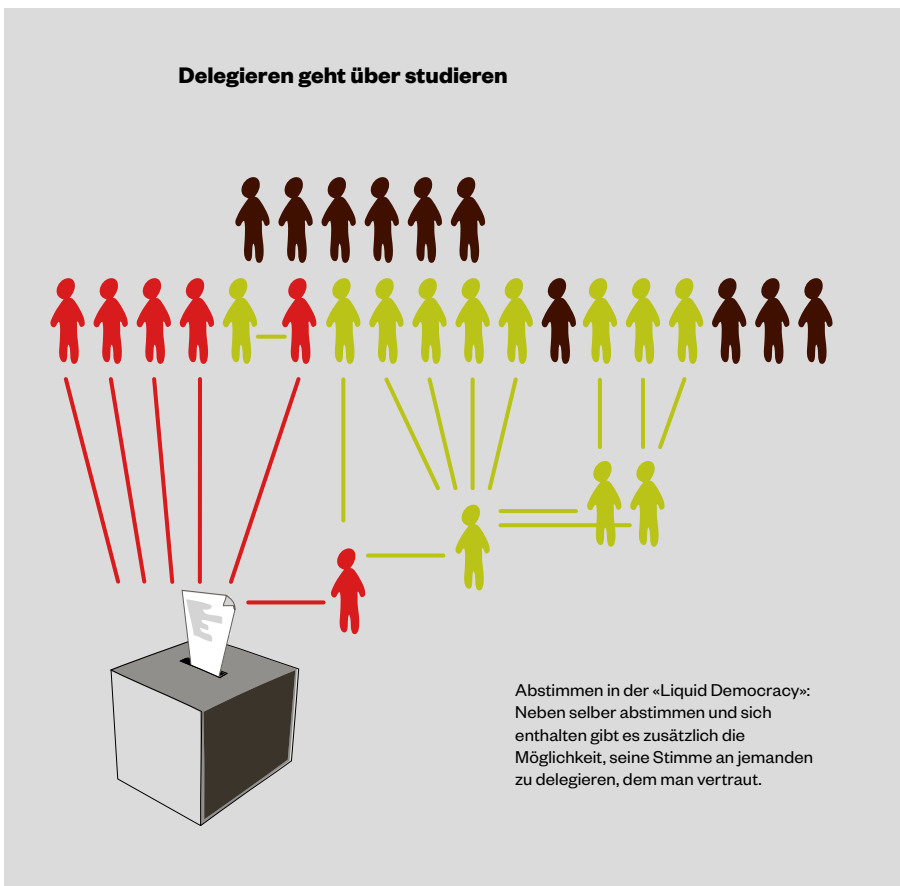
Ganz ernst werden die Piraten in Basel und in der Schweiz offensichtlich noch immer nicht genommen. Die Vorgabe, in mindestens einem Wahlkreis vier Prozent der Stimmen zu holen, würden sie nie und nimmer schaffen, sagen sie alle in den übrigen Parteien. Dafür fehlten der Partei ein klares Programm und bekannte Köpfe.

Das könnte den Piraten noch egal sein. In Deutschland hat man ihnen bis vor einem Jahr auch noch gar nichts zugetraut. Deutlich mehr Sorgen müssten ihnen die geradezu freundlichen Worte machen, mit denen sie in der Politik empfangen werden, und die allgemeine Zufriedenheit, die in der Schweiz trotz Krisen allenthalben immer noch zu spüren ist. Um wirklich Erfolg zu haben, das hat das Beispiel in Deutschland eindrücklich gezeigt, braucht es für unkonventionelle Parteien wie die Piraten die richtige Mischung aus Ablehnung des Establishments und Unzufriedenheit der Bevölkerung. Sonst wird das nichts mit dem Entern.

► [tageswoche.ch/+axopv](http://tageswoche.ch/+axopv)

**Der nächste Angriff**

Die Schweizer Piraten wollen endlich in ein grosses Parlament, am liebsten schon nach den Wahlen vom 28. Oktober in Basel. Dafür müsste die Partei in einem Wahlkreis mehr als vier Prozent der Stimmen holen. Bei den nationalen Wahlen im vergangenen Herbst haben die Schweizer Piraten ihr Ziel, in den Nationalrat einzuziehen, noch klar verfehlt. Etwas Mut machte wenigstens das Resultat in Basel (1,9 Prozent). Eine Folge des mässigen Ergebnisses war der Wechsel an der Spitze der Schweizer Partei von Denis Simonet zu Thomas Bruderer. Das bisher auch im Vergleich zu anderen Länderparteien eher vage Programm der Schweizer Piraten erklärte Simonet nach der Wahlniederlage damit, dass der Schweizer Ableger noch realtiv jung sei (Gründung: 2009). Ihren Anfang hatte die heute hauptsächlich in Europa verbreitete Piraten-Bewegung Anfang 2006 in Schweden. Ihre Bezeichnung stammt von der Anti-Copyright-Organisation Piratbyrån.



Abstimmen in der «Liquid Democracy»: Neben selber abstimmen und sich enthalten gibt es zusätzlich die Möglichkeit, seine Stimme an jemanden zu delegieren, dem man vertraut.

# Die noch direktere Demokratie

Die Piratenpartei will der Demokratie ein neues Gesicht geben. Doch was ist und was soll «Liquid Democracy» eigentlich?  
*Von David Bauer*

**D**ie Demokratie musste, um zu wachsen, Kompromisse eingehen. In einer Gemeinschaft, die nicht mehr auf einen Dorfplatz passt, ist es nicht möglich, dass alle bei jeder Entscheidung mitreden und mitbestimmen. Die bisherige Lösung ist bestens bekannt: Man hält Wahlen ab, alle dürfen mitbestimmen, wer für die nächsten paar Jahre an ihrer statt mitredet und mitbestimmt. Einzelne repräsentieren die unterschiedlichen Anliegen aller. In ihrer direktesten Form, wie wir sie in der

Schweiz kennen, erlaubt die Demokratie der Gemeinschaft zusätzlich, Entscheide der Repräsentanten anzufechten (Referenden) oder selber Entscheide zu erzwingen (Initiativen). Das aber ist jedesmal mit Aufwand, nicht zuletzt finanziellem, verbunden.

Das Konzept der «Liquid Democracy» will die Demokratie mit digitalen Mitteln zurück auf den Dorfplatz bringen – und sie auch in grossen Gemeinschaften in möglichst kompromissloser Form einsetzen. Und das geht so:

Jede Bürgerin und jeder Bürger hat grundsätzlich das Recht, bei jeder Entscheidung mitzubestimmen. Da aber natürlich nicht alle die Zeit, das Wissen und das Interesse haben, sich mit allen Themen auseinanderzusetzen, können sie ihre Stimme punktuell an jemanden delegieren, dem sie vertrauen.

**Keine Kompromisse**

Konkret heisst das für mich als Bürger: Ich muss nicht für vier Jahre einer Handvoll Politiker meine Stimme geben, die bestensfalls zu 80 Prozent mit meinen Ansichten übereinstimmen. Ich kann von Thema zu Thema entscheiden, wem ich meine Stimme anvertraue und kann dies auch jederzeit wieder rückgängig machen. Also zum Beispiel: In Kulturpolitik und bei Migrationsthemen entscheide ich selber, in

Bildungsthemen lasse ich eine befreundete Lehrerin für mich entscheiden, in Sachen Kulturpolitik vertraue ich einem Musiker, den ich gut kenne. Wenn mich jemand enttäuscht, entziehe ich ihm die Stimme einfach wieder.

«Liquid Democracy» verspricht so, dass nicht mehr abgewogen werden muss zwischen den Vorteilen direkter und indirekter Demokratie (breite Abstützung versus Effizienz). Sie verspricht, dass beides gleichzeitig möglich ist. Als Stimmbürger stünde mir dann die komplette Bandbreite politischer Einmischung zur Auswahl: Von der indirektesten Form (ich gebe meine Stimme pauschal an eine Person ab) bis zur direktesten Form (ich stimme bei jeder Entscheidung selber ab) ist alles möglich.

Mit digitaler Informationstechnologie wäre es heute möglich, ein solch

komplexes System von Stimmendelegationen zu verwalten. Es stellt aber punkto Sicherheit und Benutzerfreund-

**Gerade zur Schweiz würde «Liquid Democracy» gut passen.**

lichkeit deutlich höhere Anforderungen als gängige E-Voting-Systeme, wie sie heute bereits getestet werden und vereinzelt zum Einsatz kommen.

Die Piratenpartei selber nutzt das Prinzip von «Liquid Democracy» als innerparteiliches System zur Entscheidungsfindung (innerhalb von Organisationen wird öfter der Begriff «Liquid Feedback» verwendet). Ein wesentli-

cher Aspekt ist dabei auch, dass Entscheidungen breit diskutiert werden, bevor definiert wird, worüber genau abgestimmt wird.

Davon könnten auch Staaten profitieren, sagt Christopher Lauer, Landtagsabgeordneter der Piraten in Berlin, im Interview mit der TagesWoche (siehe S. 8) mit Blick auf das Minarett-Verbot per Volksabstimmung im Jahr 2009. Gerade zur Schweiz, sagt Lauer, würde «Liquid Democracy» gut passen: «Da die Schweizer gewohnt sind, zu entscheiden, würden sie sich wohl auch eher auf ein solches Konzept einlassen.» Dafür müsste man dann wohl einmalig auf die bewährte Volksinitiative zurückgreifen – genauso wie man bei Computern das alte Betriebssystem aufstarten muss, um ein Update einzuspielen.

► [tageswoche.ch/taxopx](mailto:tageswoche.ch/taxopx)

Anzeige

**n|w** Fachhochschule Nordwestschweiz

ICH DENKE AN MEINE ZUKUNFT.

Die Fachhochschule Nordwestschweiz eröffnet Perspektiven.  
[www.fhnw.ch](http://www.fhnw.ch)